

Grohnde-Kampagne

www.grohnde-kampagne.de

Presseerklärung / 16-01-2013 / Hannover:

AKW-Grohnde:

Akuter Handlungsbedarf für die neue Landesregierung

- AKW-GegnerInnen legen Schwachstellenanalyse und ToDo-Liste vor -

Eine Schwachstellenanalyse zum niedersächsischen Atomkraftwerk Grohnde, die AKW-GegnerInnen heute in Hannover vorgelegt haben, stellt akuten Handlungsbedarf für die niedersächsische Atomaufsicht fest und legt eine ToDo-Liste vor.

Das Land muss handeln

„Nach der bundespolitischen Festlegung vom Sommer 2011, dass in Deutschland trotz Fukushima 9 Atomkraftwerke weiter betrieben werden dürfen, ist es nun an der Atomaufsicht der Länder, die Sicherheit der einzelnen Anlagen zu überprüfen oder diese stillzulegen“, stellt Peter Dickel (Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD) fest. „Angesichts der bekannten Gefahren, etwa des schon beim Einbau vor 30 Jahren nicht mehr zulässigen Stahls, sind eine Leistungserhöhung des Reaktors oder der Einsatz von Plutonium-MOX-Brennelementen völlig indiskutabel. Natürlich sind wir der Meinung, dass das AKW-Grohnde sofort stillgelegt werden müsste. Die Frage hier ist aber: Was **kann** eine Landesregierung, die die Sicherheit der Bevölkerung an erste Stelle setzt mit ihren Mitteln tun und was **muss** sie angesichts der konkreten Anlage in Grohnde tun.“

Im Auftrage der AKW-GegnerInnen hat die Physikerin Oda Becker die Schwachstellen des AKW Grohnde untersucht und dazu insbesondere die anlagenbezogenen Ergebnisse der Stress-Tests nach Fukushima angesehen. Ergebnis: Das AKW Grohnde wäre schon seit 1994 nicht mehr genehmigungsfähig und weist mit 231 die höchste Anzahl der meldepflichtigen Ereignisse aller deutschen AKWs auf. Anforderungen, die der Bund seit 2010 in einer Nachrüstliste zusammengestellt hat, sind nicht erfüllt.

1. Schritt: Bewertete Sachstandsanalyse binnen 4 Monaten

„Als erster Schritt“ regt Frau Becker an, „sollte die Aufsichtsbehörde vom Betreiber verlangen, innerhalb von vier Monaten in einer Sachstandsanalyse die geforderten Maßnahmen mit Angaben von Umsetzungsfristen und wirtschaftlicher Betrachtung darzustellen. Die Überprüfung dieses „Sachstandsberichts“ unter Hinzuziehung unabhängiger Berater durch die Behörde sollte im gleichen Zeitraum durchgeführt werden. Die Entscheidungen der Behörde hinsichtlich der vom Betreiber vorgeschlagenen Maßnahmen sollte, insbesondere angesichts der vorhandenen Risiken, der Bevölkerung transparent gemacht werden.“

Öffentliche Auseinandersetzung geht weiter

Mit einer Aktions- und Menschenkette zum 2. Fukushima-Jahrestag wollen die AKW-GegnerInnen am 9. März ein angenommenes Evakuierungsgebiet um den Reaktor markieren.

Rückfragen:

Peter Dickel (Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD) 0531 – 89 56 01

Tobias Darge (Regionalkonferenz Grohnde) 0176-24 24 98 15

Grohnde-Kampagne

c/o Natur- und Umweltschutzzentrum
Berliner Platz 4, 31785 Hameln
05151-809260, 0175-158 23 29

thomas.erbe@grohnde-kampagne.de

